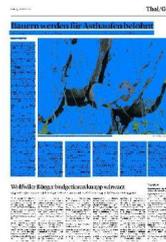


Bauern werden für Asthaufen belohnt

Der Naturpark Thal setzt auf Bonuszahlungen für Landwirte, wenn sie für Wiesel Unterschlupfmöglichkeiten errichten.



Geschützt zwischen zwei Steinen: Ein Hermelin im Sommerfell kundschaftet die Umgebung aus.



Patrik Lützelschwab

Um die Wiesel ist es im Naturpark Thal nicht gut bestellt. Die Population der kleinen Raubtiere schrumpft stetig und ist derzeit auf einem besorgniserregenden Stand. Nicht nur der Naturpark Thal sieht hier eine grosse Gefahr des Verschwindens, sondern auch die Bauern der Region. Sie profitieren nicht zuletzt von den Räufern, da diese Schädlinge wie Mäuse oder andere Kleinnager in grossen Mengen vertilgen. Somit sorgen sie für unbeschädigte Wiesen und Felder. Aber: Am massiven Rückgang der Wiesel tragen die Bauern eine Mitschuld. Nicht weil sie gezielt Jagd auf die Fleischfresser machen, sondern weil durch intensive Landwirtschaft ihre Lebensräume vernichtet werden. Gleichzeitig werden den zierlichen Tieren auch viele Versteckmöglichkeiten genommen. Somit haben die Wiesel kaum eine Chance, sich vor Fressfeinden wie Füchsen oder Greifvögeln zu schützen oder ihren Nachwuchs aufzuziehen.

Bauern sollen mehr Anreize geboten werden

Damit Wiesel, Iltis und Hermelin im Naturpark Thal nicht aussterben, hat der Park Ende November ein Bonussystem für die Bauern eingeführt. Was will man erreichen? Die Bauern im Thal werden aufgefordert, den Wiesel einen Teil ihres zerstörten Lebensraumes zurückzugeben. Die Landwirte errichten dazu Stein- und Asthaufen. Für einen Asthaufen wurde ein Volumen von 13,5 Kubikmetern

festgelegt. Die Bestandteile sind, wie der Name schon verrät, Äste oder aber auch Wurzelstöcke oder Baumstämme. Im Inneren steht den Wiesel ein Raum von der Grösse eines Schuhkartons zur Verfügung. Ein solcher Asthaufen wird mit 75 Franken vergütet. Mit 150 Franken bringt ein Steinhaufen dem Landwirt doppelt so viel wie ein Asthaufen, weil dieser aufwendiger zu erstellen ist. Er ist mit 6 Kubikmetern aber nur halb so gross wie der Asthaufen, bietet im Inneren den Tieren genauso viel Platz. Die Steine stammen aus dem Steinbruch Gänsbrunnen.

Beide Haufen müssen eine Periode von vier Jahren halten und stets unterhalten werden. Standorte für diese können zum Beispiel Landwirtschaftsland, Waldränder oder auch Ufergebiete sein. Sie sind nicht an Biodiversitätsflächen gebunden. «Wir möchten Anreize schaffen, damit mehr Leute solche Kleinstrukturen platzieren», sagt der Projektleiter des Naturparks Thal, Andrin Dürst, zum Projekt. Am Thaler Wiesel-Projekt können sich Interessierte bis Ende nächstes Jahres beteiligen.

Ein nationales Netz für Wiesel schaffen

Der Naturpark Thal unterstützt die Massnahmen, sofern sich der Standort auch tatsächlich für die Ast- und Steinhaufen eignet. «Dabei können uns alle interessierten Personen kontaktieren. Mit diesen würden wir ein Treffen und einen Rundgang arran-

gieren», sagt Dürst. Pro Person können sechs Massnahmen vergütet werden, was in gegenseitiger Absprache mit dem Park erfolgt. Ziel sollte es aber sein, vor allem die Landwirte einzubeziehen.

Alle Massnahmen, die ergriffen werden, sind Teil eines nationalen Pilotprojekts. Dieses wurde vom Bundesamt für Umwelt lanciert. Es sieht ein schweizweites Netz für Wiesel vor, von Westen bis Osten und Norden bis Süden. Dieses «Wieselnetz» soll so ähnlich funktionieren, wie das Nationalstrassennetz und sämtliche Lebensräume von Wiesel in der Schweiz miteinander verbinden. Damit sollten auch neue Populationen ins Thal einwandern und sich mit den hiesigen Beständen vermischen.

Der Naturpark beschränkt sich bei den Massnahmen aber nicht nur auf die Mauswiesel, sondern begrüsst auch Ast- und Steinhaufen für Vögel, Reptilien oder Amphibien. Im Vordergrund des Projekts stehe aber klar das Wiesel. Sämtliche Sichtungen dieser Raubtiere sollten dem Naturpark Thal gemeldet werden. «Bisher haben wir nur positive Rückmeldungen erhalten», sagt Dürst. Auch von politischer Seite her gab es niemanden, der sich bisher kritisch dazu äusserte. «In der Politik werden solche Anreizsysteme anerkannt, weil auf freiwilliger Basis wichtige Ziele erreicht werden können», sagt Laupersdorfs Gemeindepräsident Edgar Kupper. Das habe den Vorteil, dass keinen Zwang durch Gesetze erlassen werden muss.